

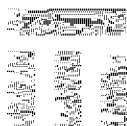
Thomas Greven · Thomas Grunke (Hrsg.)

Globalisierter Rechtsextremismus?

Thomas Greven
Thomas Grumke (Hrsg.)

Globalisierter Rechts- extremismus?

Die extremistische Rechte
in der Ära der Globalisierung



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

1. Auflage Januar 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden 2006

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen.

Umschlaggestaltung: Kunkel-Opka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderei: Verarbeitung: Mercedestruck, Berlin

Gedruckt auf saurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 3 531 14514 2

Geleitwort

Dieter Dettke

Politische Parteien und Bewegungen, auch wenn sie in ihrer Zielsetzung national oder sogar nationalistisch ausgerichtet sind, sind selten allein das Produkt innergesellschaftlicher Entwicklungen. Sie müssen in hohem Maße auch jeweils als Reflex auf äußere Faktoren verstanden werden. Der moderne Rechtsextremismus – oder die Neue Rechte im Gegensatz zum Faschismus und Nationalsozialismus – versucht sich heute durch Gegenpositionen zu drei Grundbedingungen der Moderne zu legitimieren: Globalisierung, Integration und Immigration. In Europa ist diese neue Struktur des Rechtsextremismus am deutlichsten sichtbar geworden, denn hier ist nicht nur die Integration am weitesten fortgeschritten. Einst traditionelle, homogene Gesellschaften haben sich hier der Einwanderung geöffnet und die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Nationalstaaten wird in hohem Maße durch die Fähigkeit zur Anpassung an die Globalisierung bestimmt. Die europäische Integration ist nicht zuletzt aufgrund ihrer enormen Errungenschaften, zum Beispiel durch die Einführung des Euro, die Erweiterung der EU auf heute 25 Mitgliedstaaten und den Versuch, auch die Türkei als Mitglied aufzunehmen, zum Hauptangriffsziel des Rechtsextremismus geworden.

Die jüngsten Erfolge des Rechtsextremismus in Europa werden in diesem Band ausführlich dargestellt und belegt. In zahlreichen Ländern Europas ist es dem Rechtsextremismus gelungen, Regierungspolitik mitzugestalten. Populistische rechtsextreme Bewegungen haben in Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden und der Schweiz bestimmenden Einfluss auf die Politik ausgeübt. Deutschland ist bisher zumindest auf Bundesebene von rechtsextremer Einflussnahme auf die Politik verschont geblieben. Die rechtsextreme Parteienlandschaft in Deutschland ist jedenfalls zurzeit in starkem Maße marginalisiert. Keiner der verschiedenen rechtsextremen Bewegungen ist es bisher gelungen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in den Bundestag einzuziehen. Allerdings waren verschiedene rechtsextreme Parteien auf Länderebene erfolgreich und sind in Hessen, Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen (zum Teil jedoch nur zeitweise) in die Landesparlamente eingezogen. In Hamburg waren darüber hinaus zwei verschiedene rechts-populistische Bewegungen kurzzeitig in der Hamburger Bürgerschaft vertreten. Es ist durchaus vorstellbar, dass der Rechtsextremismus in Zukunft auch in Deutschland bun-

despolitischen Einfluss erhalten könnte, obwohl hier rechtliche Mittel zur Einschränkung des Rechtsextremismus vorhanden sind – darunter das Instrument des Parteiverbots und Gesetze zur Unterbindung von Nazi-Propaganda, wie zum Beispiel die Ausschwitzlüge.

Ob diese staatlichen Repressionsinstrumente ausreichen werden, um ein Erstarken des Rechtsextremismus zu unterbinden, ist fraglich. Wichtiger wäre, zivilgesellschaftliche Kräfte zu entwickeln und zu stärken, um dem Rechtsextremismus auf politischer Ebene und im gesellschaftlichen Diskurs entgegenzuwirken. Auch die legitime Abwehr des Rechtsextremismus sollte im Kern als globale beziehungsweise universelle Aufgabe verstanden werden. Rechtsextremismus ist im Kern gegen Menschenrechte, Demokratie und die Würde des Individuums weltweit gerichtet. In dieser Auseinandersetzung auch die transatlantische Zusammenarbeit zu suchen und amerikanischen Erfahrungen im Kampf beispielsweise gegen den „Ku Klux Klan“ und andere rechtsextreme Bewegungen zu nutzen, wäre durchaus lohnenswert.

Das „Southern Poverty Law Center“, mit dem mehrere Autoren dieses Bandes unter der Leitung von Thomas Greven und Thomas Grumke zusammengearbeitet haben, ist ein hervorragendes Beispiel praktischer transatlantischer Kooperation. Das Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung hat diese Zusammenarbeit und Verbindungen zu anderen amerikanischen Institutionen, die der Auseinandersetzung mit dem Extremismus gewidmet sind, darunter das Simon Wiesenthal Center, die Anti-Defamation League und das Leo Baeck Institute in New York, über mehrere Jahre gefördert. Diese Veröffentlichung ist auch ein Ergebnis dieser fruchtbaren Zusammenarbeit.

Washington, DC im August 2005

Inhalt

Dieter Dettke

Geleitwort 5

Thomas Greven / Thomas Grumke

Einleitung: Die globalisierte Anti-Globalisierungsbewegung der
extremistischen Rechten? 9

I. Globalisierter Rechtsextremismus: die Ideologie

Thomas Greven

Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu
Neoliberalismus und Global Governance 15

Armin Pfahl-Traugher

Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremis-
mus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideo-
logischen Hintergründen 30

Mark Weitzman

Antisemitismus und Holocaust-Leugnung: Permanente Elemente des
globalen Rechtsextremismus 52

Albert Scharenberg

Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke
Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung 70

Mikhail Sokolov

Die lokalen Entstehungsbedingungen für die globale Ausbreitung der
Intellektuellen Neuen Rechten: Der Fall Russland 112

II. Globalisierter Rechtsextremismus: die Struktur

Thomas Grumke

Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten 130

Thomas Pfeiffer

Eine Schnellstraße zum Volk. Die Internationale des Online-Rechtsextremismus 160

Michael Whine

Eine unheilige Allianz. Internationale Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und Islamismus 181

Brigitte Brück

Zur Rolle von Frauen in der Transnationalisierung des Rechtsextremismus 203

Anhang

Transatlantische Workshops „Rechtsextremismus als globale Herausforderung“ 224

Autorenverzeichnis 226

Einleitung:

Die globalisierte Anti-Globalisierungsbewegung der extremistischen Rechten?

Thomas Greven / Thomas Grumke

Ultrationalismus, also wenn „in der Konstruktion nat[ionaler] Zugehörigkeit spezifische ethnische, kulturelle oder religiöse Ausgrenzungskriterien verschärft, zu kollektiven Homogenitätsvorstellungen verdichtet und mit autoritären Politikmodellen verknüpft werden“ (Minkenberg 2001), gehört zweifellos zu den zentralen ideologischen Merkmalen des Rechtsextremismus. Daraus könnte gefolgert werden, dass Rechtsextremisten nicht dazu geneigt sind, dauerhaft mit Rechtsextremisten anderer Länder zu kooperieren. Tatsächlich ist aber ganz im Gegenteil eine verstärkte internationale Vernetzung auf der extremistischen Rechten zu verzeichnen, die auf der Basis gemeinsamer ideologischer Positionen mehr und mehr auch organisatorisch-systematisch verankert ist. Nationalismus und Internationalismus sind heute für die extremistische Rechte keine sich gegenseitig ausschließenden Kategorien.

Für die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) kann angesichts von Globalisierung und „Hartz IV“ nur eine „nationale Volkswirtschaft, in der die Interessen der Gemeinschaft über den Interessen der Geldmacht stehen“, Abhilfe schaffen.¹ Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 kündigte der Parteivorsitzende Udo Voigt in einer Presseerklärung sogar an, die NPD werde „sich an die Spitze einer neuen deutschen Friedensbewegung und aller Globalisierungsgegner setzen“.² Dass Globalisierung zu einem KampftHEMA der extremistischen Rechten geworden ist und dass Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer über eine kompromisslose Opposition zu weiterer Liberalisierung, zu mit dem „Sachzwang Globalisierung“ begründetem Strukturwandel und Sozi-

¹ Bei den Landtagswahlen am 19. September 2004 in Sachsen und Brandenburg gelang zwei rechtsextremistischen Parteien klar der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde (in Sachsen erreichte die NPD 9,2% und 12 Sitze und in Brandenburg die DVU 6,1% und 6 Sitze). In beiden Fällen gingen den Wahlen radikal-populistische Kampagnen dieser Parteien mit dem Ziel, sich den Unmut über die anstehenden Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung („Hartz IV“) zunutze zu machen, voraus – Reformen, die auch mit Verweis auf die verschärfte globale Konkurrenzsituation begründet wurden.

² „Widerstand gegen Kriegstreiber formiert sich“, Meldung vom 13.09.2001 auf der Internetpräsenz der NPD.

alabbau sowie insbesondere zu Immigration angesprochen werden können, ist in jüngerer Zeit recht breit diskutiert worden (vgl. z.B. Dörre 2001). Ökonomische Globalisierungsprozesse erzeugen durch „notwendige“ Strukturveränderungen Gewinner und Verlierer. Die Verlierer wie auch diejenigen, die ihren Status bedroht sehen, können sich zu kollektivem Handeln – zum Beispiel Protest wählen – genötigt sehen, um ihre Situation zu verbessern. Rechtsextremistische Akteure können sich dabei oft von dem globalisierungsfreundlichen Konsens aller anderen Parteien absetzen und sich als einzig authentische Anti-Globalisierungsbewegung positionieren (in Deutschland jedenfalls bis zum Auftreten der „Linkspartei“). Die Attraktivität des Angebots rechtsextremistischer „Anti-Globalisten“ wird noch dadurch erhöht, dass neben den ökonomischen auch kulturelle und politische Globalisierungsprozesse – beispielsweise durch Immigration, die expansive amerikanische Kulturindustrie und Supranationalisierung des Regierens – für nachhaltige identitäre und ordnungspolitische Verunsicherungen sorgen, die ein Bedürfnis nach vermeintlich widerspruchsfreien Ordnungen erzeugen. Hier bieten sich optimale Gelegenheitsstrukturen sowohl für rechtsextremistische Bewegungen und Gruppen als auch für die Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen.

Globalisierter Rechtsextremismus?

Die Hauptfrage des vorliegenden Bandes ist dagegen bislang noch nicht umfassend publizistisch behandelt worden: Wie globalisiert sich die extremistische Rechte selbst? Wir brechen diese Frage in zwei Teilkomplexe auf und fragen zunächst nach der ideologischen Fundierung eines „globalisierten Rechtsextremismus“, wobei neben dem neuen Topos der Ablehnung von Globalisierung und Neoliberalismus Kontinuitäten bezüglich Antisemitismus und Rassismus deutlich werden, aber ebenso die Tatsache, dass Nationalismus keineswegs grenzüberschreitenden Aktivitäten und Bündnissen im Wege steht. Im Gegenteil: Im Zuge der Globalisierungsprozesse werden die sonst trennenden ultranationalistischen Positionen zu einer auch grenzüberschreitend mobilisierbaren Gemeinsamkeit in der politischen, ökonomischen und kulturellen Globalisierungsdebatte und im Kampf gegen einen global verorteten Feind.

In einem zweiten Schritt behandeln wir die Strukturen transnationaler Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen. Diese werden heute technologisch von den gleichen Fortschritten erleichtert, die auch die grenzüberschreitenden Wirtschaftstätigkeiten fördern und nehmen zum Teil selbst kommerzielle Formen an. Darüber hinaus entstehen transnationale Bündnisse zwischen „strange bedfellows“, die intensivere Betrachtung verdienen.

Transnational setzen sich rechtsextremistische Akteure durch die Verwendung historisch belasteter Analyseraster und Lösungsangebote allerdings oft genug selbst Grenzen für ihren politischen und gesellschaftlichen Erfolg. Das KampftHEMA Globalisierung steht im rechtsextremistischen Kontext für die globale Macht (vermeintlich jüdisch dominierten) Großkapitals, für amerikanischen Kulturimperialismus und für einen „multirassischen Genozid“ beziehungsweise ein „rassezerstörendes Trümmerfeld“, das „von Washington, Wall Street und Hollywood angestrebt wird“, wie es Nick Griffin, Vorsitzender der „British National Party“ (BNP), in einem Interview mit dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ formuliert.³ Diese „Weltanschauung“ ist wiederum anschlussfähig an einzelne fundamentalistische Kräfte in der islamischen Welt. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als „zionistisch okkupiert“ oder als „großer Satan“ angesehen werden – das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der „mammonistischen Weltherrschaft“ (Horst Mahler).

Struktur des Bandes

Der Band hat zwei Hauptteile. Der erste Teil ist wichtigen, für rechtsextremistische Akteure grenzüberschreitend bedeutsamen Ideologien und Themen gewidmet. Zunächst bietet der Beitrag von **Thomas Greven** einen kurzen Überblick über die Grundtatbestände der rechtsextremistischen Globalisierungskritik. Er argumentiert, dass die von Rechtsextremisten vorgeschlagene völkische Re-Nationalisierung eine fundamentale Alternative sowohl zur dominanten neoliberalen Globalisierung als auch zur sozial-ökologisch abgefederten Version („Global Governance“) darstellt und entsprechend ernst genommen werden muss.

Armin Pfahl-Traughber vertieft für die extremistische Rechte in Deutschland den Stellenwert des Globalisierungsthemas für die Mobilisierung und politische Positionierung. Wie werden ökonomische, politische und kulturelle Globalisierungsprozesse von der extremistischen Rechten interpretiert und bewertet, welche Bedrohungen werden wahrgenommen und wie wirken sie sich auf Positionsbestimmungen und Strategien aus? Sind Aktivisten und Unterstützer rechtsextremistischer Gruppierungen von den „Schattenseiten der Globalisierung“ (Loch/Heitmeyer 2001) betroffen – und wenn ja, wie? Pfahl-Traughber konstatiert, dass für Rechtsextremisten nur partiell die Möglichkeit besteht, Anschluss an den öffentlichen Globalisierungsdiskurs zu finden. Stimmungen, die in Folge

³ „Freiheitsrechte der Völker zurückfordern“, in: *Deutsche Stimme*, März 2002, S.3.

sozial- und wirtschaftspolitischer Veränderungen eintreten, können jedoch Wasser auf die Mühlen rechtsextremistischer Agitatoren sein.

Dass auch ein globalisierter Rechtsextremismus ideologische Kontinuitäten aufweist, zeigt **Mark Weitzman** vom Simon Wiesenthal Center. Antisemitismus und Holocaustleugnung sind permanente Elemente auch des globalen Rechtsextremismus. So ergibt sich das Bild eines weltumspannenden Netzwerkes von „Revisionisten“, das von etablierten Rechtsextremisten bis in die arabische Welt reicht und von dem gemeinsamen Feindbild Israel getragen wird. Obwohl Weitzman ein festes Bündnis zwischen Rechtsextremisten und Islamisten als „Fantasie“ bezeichnet, sieht er doch im Antisemitismus einen global über religiöse und geographische Grenzen reichenden ideologischen Kitt für eine dauerhafte Vernetzung.

Albert Scharenberg widmet sich ausführlich einer Bestandsaufnahme der rechtsextremistischen Politik gegen Einwanderung und zeigt, dass trotz einer Reihe von Unterschieden in Bezug auf ihre Radikalität, Ideologie und Organisationsstrukturen hinsichtlich der Ablehnung von Migration bei den untersuchten rechtsextremistischen Parteien durchweg eine „Gesinnungsverwandtschaft“ vorliegt. Neben der fundamentalen Ablehnung von Einwanderung ist auch der Kampf gegen die Globalisierung von überragender identitätsstiftender und agitationsstrukturierender Bedeutung für rechtsextremistische Parteien per se. Scharenberg sieht es letztlich als größten Erfolg der rechtsextremistischen Agitation gegen Einwanderung an, wohlstandschauvinistischen und einwanderungsfeindlichen Positionen eine größere gesellschaftliche Legitimität verschafft zu haben.

Mikhail Sokolov schließlich zeichnet am Fallbeispiel Russland die lokalen Entstehungsbedingungen für die globale Ausbreitung der Neuen Rechten (NR) nach. Auf die Beschreibung des russischen NR-Netzwerk folgt eine Interpretation für den Erfolg der NR in Russland, die auf den Ideologietheorien von Pierre Bourdieu und Raymond Boudon basiert. Dabei arbeitet Sokolov die Diffusion der Ideologie der NR von West- nach Osteuropa, ihre Adaption und deren Grenzen heraus.

Im zweiten Teil des Bandes diskutieren die Autoren die sich entwickelnden Strukturen des globalisierten Rechtsextremismus. **Thomas Grumke** zeichnet in seinem Beitrag die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten nach. Diese wird von einer kollektiven Identität und einer international kompatiblen Ideologie getragen. Eine zentrale ideologische Rolle nimmt für diese „panarische Internationale“ der Kampf gegen den so genannten „Globalismus“ ein, der im rechtsextremistischen Kontext die planvolle Zerstörung von Kulturen, Traditionen und Völkern kennzeichnet. Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten wird von Grumke anhand einer Reihe von Beispielen neuer Kooperationen nachgezeichnet und hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Ge-

walt untersucht. Es ergibt sich ein komplexes, immer engmaschiger werdendes Geflecht rechtsextremistischer Kooperation, für das nationale Grenzen längst eine untergeordnete Rolle spielen.

Thomas Pfeiffer diskutiert den immer größer werdenden Stellenwert des Internets für den internationalen Rechtsextremismus. Die Präsenz in digitalen Welten ist inzwischen auch für Rechtsextremisten zur Selbstverständlichkeit geworden und das Internet zum zentralen Element im Medienmix dieser Szenen. Die Durchlässigkeit von Diskurs- und Marktgrenzen, die hervorragenden Kommunikationsmöglichkeiten und die Möglichkeit, nationalstaatliche Rechtsnormen zu umgehen, machen das Internet gerade für Rechtsextremisten besonders attraktiv. Anhand einer Reihe von Fallbeispielen zeichnet Pfeiffer die „Internationale des Online-Rechtsextremismus“ im internationalen Kontext nach und analysiert den wichtigen Stellenwert des Internets für die globale Erlebniswelt Rechtsextremismus.

Im Internet, auf Konferenzen und durch den Austausch von Propaganda befruchten sich Rechtsextremisten und fundamentalistische Muslime gegenseitig. Diese „unheilige Allianz“ stellt **Mike Whine** in seinem Beitrag anhand einer Reihe von Beispielen dar. Dabei arbeitet er Muster der Vernetzung zwischen Rechtsextremisten und Islamisten heraus, die allerdings trotz eines gemeinsamen Hasses auf Juden und Israel nie in stabile Kooperationen umgewandelt werden konnten. Den Grund hierfür sieht Whine primär in dem Umstand, dass für Islamisten die Kooperation mit Rechtsextremisten kaum greifbare Vorteile in ihrem Bestreben bringt, ihren politischen Einfluss in der muslimischen Welt zu vergrößern.

Die Rolle der Frau in der Transnationalisierung des Rechtsextremismus hat **Brigitte Brück** im Blick. In einem Dreiländervergleich von Deutschland, Frankreich und Italien und mit Hilfe verschiedener Interviews mit führenden rechtsextremistischen Aktivistinnen dieser drei Länder arbeitet sie folgendes Paradox heraus: Für Politikerinnen in Führungspositionen rechtsextremistischer Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien ist typisch, dass sie einerseits das traditionelle Ideal der patriarchalen Kleinfamilie befürworten, andererseits aber ihre Position in der Politik als selbstverständlich betrachten und Gleichheit für Frauen fordern. Vereinzelt sehen sich Rechtsextremistinnen dabei sogar als Postfeministinnen. Sie treten als Tradierenderinnen und Modernisiererinnen gleichermaßen auf.

Im Anhang finden Sie einen Kurzbericht über vier transatlantische Workshops, die Basis sowohl für eine intensivere Kooperation und Vernetzung von Organisationen und Individuen, die weltweit Rechtsextremismus analysieren und bekämpfen, als auch für die Entstehung dieses Bandes sind. An dieser Stelle sei den beteiligten Organisationen (Anti-Defamation League, Simon Wiesenthal Center, Southern Poverty Law Center, Anne-Frank-Zentrum und Zentrum De-

mokratische Kultur) und Sponsoren (Checkpoint-Charlie-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung) ausdrücklich gedankt. Dank gebührt auch Felix Kriszun, der die editorischen Arbeiten für diesen Band kompetent und engagiert ausgeführt hat. Die Übersetzung der Beiträge von Mark Weitzman, Mikhail Sokolov und Michael Whine (jeweils aus dem Englischen) besorgte Thomas Greven unter Mitarbeit von Thomas Grumke.

Literaturverzeichnis

- Dörre, Klaus (2001): Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 63-90.
- Loch, Dietmar und Wilhelm Heitmeyer (2001, Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M.
- Minkenberg, Michael (2001): „Rechtsradikalismus/Rechtsextremismus“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik*, München (Beck).

Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance

Thomas Greven

1 Einleitung

Bei einigen der großen Protestveranstaltungen mit Globalisierungsbezug sind in jüngerer Zeit Rechtsextremisten in Erscheinung getreten, so zum Beispiel anlässlich der Herbsttagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) im September 2000 in Prag. Bisher nahmen sie nicht in großer Zahl teil, sie waren nie Teil der Veranstalterkoalitionen und wurden stets von zahlenmäßig weit aus zahlreicheren Gegendemonstranten konfrontiert (Rucht 2002: 66). Und doch: Klassische rechtsextreme Themen wie „Überfremdung“ und Massenarbeitslosigkeit werden heute verstärkt mit den Prozessen der Globalisierung in Verbindung gebracht. Thomas Grumke bezeichnet Globalisierung als „Transistorthema“ und „KampftHEMA“ der Rechtsextremen (Grumke 2002: 58), Armin Pfahl-Traugher nennt sie in diesem Band ein „Agitationsthema“.

In Deutschland bemüht sich beispielsweise die NPD seit Jahren, den Tag der Arbeit am 1. Mai im Sinne einer rechtsextremen Globalisierungskritik zu besetzen. Sie will sich „an die Spitze [...] aller Globalisierungsgegner setzen“ (zitiert nach ebd.) und „gegen Sozialabbau und Globalisierung“ die Volksgemeinschaft setzen. Der globale Kapitalismus wird abgelehnt, weil er angeblich jüdisch beziehungsweise amerikanisch dominiert sei (Leggewie 2003, 54-57). Auch für die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der NPD, ist die Globalisierung eine Gefahr für Nation und Volk. In einer Pressemitteilung zum G 8-Gipfel in Genua im Jahr 2001 rief die JN auf, „sich an kommenden, friedlichen Demonstrationen gegen die Globalisierung zu beteiligen“. Ein Aktionskomitee „Nationalisten gegen Globalisierung“ argumentierte auf der JN-Website, dass Globalisierung zu „Menschen ohne Kultur“ führe, eine „angepasste, moderne Form des Internationalismus“ sei und „das Verschwinden von nationalen Grenzen [bedeute], um in der nächsten Phase die Identität der Völker auszuwischen“. Das Komitee hielt dagegen: „Wir aber wollen nicht entarten zu dem, was man Weltbürger nennt, ohne Identität und ohne Seele. Wir sind Nationalisten und somit stolz auf unser Volk“ (zitiert nach Grumke/Wagner 2002:

388-89). Diese Versuche, das Globalisierungsthema zu besetzen, waren bislang weitgehend erfolglos; noch hält gerade am 1. Mai das Deutungsmonopol der traditionellen Arbeiterbewegung. Allerdings gaben die „neuen Montagsdemos“ gegen die zum Teil globalisierungsbedingte – jedenfalls aber unter anderem als notwendige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung präsentierte und begründete – Sozialpolitik der rot-grünen deutschen Bundesregierung den Rechtsextremisten Gelegenheit zu weiteren Unterwanderungsversuchen (Lange-nau 2004).

Ähnliche Konstellationen finden sich in vielen Ländern der OECD. In den USA sind „patriotische“ Milizen das Musterbeispiel rechter Globalisierungskritik (Leggewie 2003: 54-57). Sie stellen sich gegen die angebliche jüdische Weltverschwörung, die in ihrer Sicht auch die amerikanische Regierung beherrscht („Zionist Occupied Government“, ZOG) (Grumke 2001). Auch wenn das Globalisierungsthema bisher nirgendwo für rechtsextreme Akteure erstrangig ist, sondern meist nachrangig in der Verknüpfung mit Immigration, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit diskutiert wird (Mudde 2004), ist doch die Frage wichtig, ob dieses Aufgreifen des Globalisierungsthemas durch rechtsextreme Gruppierungen nur Opportunismus ist. Wird die Angst vor allem von gering qualifizierten Beschäftigten und Arbeitslosen vor dem durch die Globalisierung vorangetriebenen Strukturwandel lediglich instrumentalisiert? Oder wird der Prozess der Globalisierung von den Rechtsextremen ernst genommen und eine fundamentale Globalisierungskritik formuliert? Wenn Letzteres zutrifft: Wie sieht diese Kritik im Detail aus, und welche alternativen Vorstellungen werden formuliert? Nicht zuletzt: Welche Mobilisierungs- und Einflusspotenziale hat die rechtsextreme Globalisierungskritik?

In diesem Beitrag soll die These diskutiert werden, dass die im Detail wirre und inkohärente rechtsextreme Globalisierungskritik insgesamt die einzige fundamentale Alternative in einer von Anpassungs- und Gestaltungsvorschlägen dominierten Globalisierungsdebatte ist. Einzig die rechtsextremen Akteure lehnen jegliche Globalisierungsperspektive entschlossen ab. Nicht nur das unterscheidet sie von den ihnen in Stil und Rhetorik oft ähnlichen linken Kräften, bei denen Gestaltungsvisionen, wenn auch antikapitalistisch inspiriert, überwiegen. Die nationalistisch und/oder rassistisch-völkisch motivierte Ablehnung der Globalisierung vereint die Rechtsextremisten grenzüberschreitend und inspiriert grenzüberschreitende Kooperationen.¹

Bevor die rechtsextremen Antworten und Alternativen zur Globalisierung diskutiert werden, sollen drei Vorbemerkungen zu meinen Grundannahmen vorangestellt werden: Erstens ist Globalisierung kein naturgegebener Prozess, dem

¹ Es gibt durchaus rechtsextreme Akteure, die intensivere Kooperationen anstreben, u.a. zum Schutz der „weißen Rasse“ (vgl. z.B. die Beiträge von Grumke und Sokolov in diesem Band).

man sich bei Strafe des Untergangs nur alternativlos anpassen kann – auch wenn dies von interessierter Seite beinahe täglich suggeriert wird. Sie ist von Menschen gemacht, gestaltbar und damit auch (entgegen der weit verbreiteten Ideologie der Unvermeidlichkeit) reversibel. Gestaltungsmacht setzt allerdings politischen Willen voraus und ist abhängig von den Kapazitäten der Akteure. Sicher hat die Regierung der USA größere Möglichkeiten zur Einflussnahme als die Regierung Venezuelas, und auch bei den privaten Akteuren sind die Chancen ungleich verteilt. Ohne Zweifel haben hier die transnationalen Unternehmen die größte Macht, denn sie waren und sind die treibenden Kräfte vor allem der ökonomischen Globalisierung (Greven/Scherrer 2005).

Zweitens unterliegt die Rede von der als zentrale Alternative zur neoliberalen Globalisierung diskutierten (sozial-ökologischen) „Global Governance“ einem doppelten Missverständnis: Weder ergeben sich durch das Vorhandensein globaler Probleme eindeutige globale Steuerungsnotwendigkeiten, noch ist die neoliberale Globalisierung steuerungslos. Vielmehr wird drittens um die Definition der Probleme und die Gestaltung der Globalisierung gestritten – und zwar nicht nur von Staats- und Regierungsvertretern, sondern auch in einer sich herausbildenden „globalen Zivilgesellschaft“. Diese darf allerdings nicht einfach als Hoffnungsträger rot-grüner Global Governance-Visionen gefasst werden, sondern ist – neo-gramscianisch verstanden – Schauplatz von Auseinandersetzungen um aktiven Konsens der Weltbevölkerung zu einer Version von Global Governance. Damit wird dann auch die Rede von der „dunklen Seite“ der Zivilgesellschaft unsinnig und unnötig, die all diejenigen führen (müssen), die von der Tatsache, dass sich nicht nur Menschenrechtsorganisationen und Umweltschützer, sondern auch rechtsextreme Akteure grenzüberschreitend betätigen, überrascht und enttäuscht sind.

2 Drei Dimensionen der Globalisierung

Wer heute versucht, in wenigen Absätzen auf den Punkt zu bringen, was mit Globalisierung gemeint ist, muss jenseits einer Minimaldefinition von mehr und wichtiger werdenden grenzüberschreitenden Aktivitäten notwendig scheitern – zu unüberschaubar ist die Literatur. Cas Mudde hat vorgeschlagen, im Zusammenhang mit Rechtsextremismus drei Globalisierungsprozesse („Globalisierungen“) zu unterscheiden – wirtschaftliche, politische und kulturelle – und jeweils herauszuarbeiten, auf welche Bedrohungen rechtsextreme Akteure antworten (Mudde 2004).²

² Tatsächlich spricht Mudde von „national populists“.

2.1 *Ökonomie: Verschärfte Konkurrenz*

Wirtschaftliche Globalisierung bedeutet die weitgehende Liberalisierung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Tätigkeiten, insbesondere des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, des Kapitalverkehrs (Portfolio- und Direktinvestitionen) sowie in bisher eingeschränkter Weise auch der Arbeitsmigration.³ Es ist vor allem diese ökonomische Dimension der Globalisierung, die durch Strukturwandel Gewinner und Verlierer erzeugt. Nicht nur werden den Nationalstaaten traditionelle Regelungskompetenzen genommen, sondern die Liberalisierung versetzt transnational operierende Unternehmen in die Lage, verschiedene Standorte gegeneinander auszuspielen (Dörre 2001). Internationaler Handel und Investitionskonkurrenz haben in entwickelten Ländern zunächst vor allem den Druck auf Geringqualifizierte im verarbeitenden Gewerbe erhöht, wie von der Freihandelstheorie vorhergesagt. In jüngerer Zeit aber werden auch Facharbeiter und selbst die verbliebenen Hoffnungsträger einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt, „Knowledge Workers“ und Beschäftigte im Dienstleistungssektor, mit dem Hinweis auf die verschärfte Konkurrenz mit Forderungen nach Rationalisierung (das heißt Arbeitsverdichtung) und Lohn- und Gehaltsverzicht konfrontiert (vgl. Renneberg 2005). Die Konkurrenz wird damit zur ruinösen Verdrängungskonkurrenz, und die als Erpressungsversuche wahrgenommenen unternehmerischen Forderungen bedrohen den Wohlstand vieler Menschen. In Deutschland und anderen entwickelten Ländern ist die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) – ohnehin mehr Mythos als Realität – unter Druck geraten. Da es auch Globalisierungsgewinner gibt – vor allem Vermögensbesitzer und die Führungsetagen der großen Unternehmen – steigt die soziale Ungleichheit stark an (Dörre 2001). Insgesamt ist es wahrscheinlich, dass die verschärfte Konkurrenz für die westlichen Industrieländer relative und möglicherweise auch absolute Wohlfahrtsverluste zur Folge hat (vgl. Decker 2004: 201ff; und zu den Konsequenzen des Globalisierungsdrucks für das „Modell Deutschland“: Beck et al. 2005).

Es gibt einige Autoren, die als dominante (oder jedenfalls wichtigste) Reaktionsweise rechtsextremer Akteure auf wirtschaftliche Globalisierung (und die mit ihr vielfach einhergehende neoliberale Restrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft) einen „Standortnationalismus“ ausmachen, der die sozialdarwinistischen Komponenten der von Konkurrenzfähigkeit besessenen neoliberalen Globalisierung auf die Spitze treibt und sich von den Neoliberalen vor allem durch rassistische Ausgrenzungsstrategien unterscheidet (zum Beispiel Butterwege 2002). Europäische rechtspopulistische Parteien wie die österreichische

³ Vgl. zum Problemkomplex der Migration den Beitrag von Albert Scharenberg in diesem Band.

FPÖ und die deutschen „Republikaner“ haben in den 1980er und frühen 1990er Jahren tatsächlich noch neoliberale Positionen vertreten, sieht man von der Immigrationsthematik ab. Dies reflektierte ihre Wähler- und Anhängerbasis im Kleinbürgertum. Heute reklamieren diese Parteien, ebenso wie eindeutig rechtsextremen Parteien wie die deutsche NPD und der französische „Front National“, dass sie für die Interessen der Globalisierungsverlierer eintreten. Dieser Schwenk weg vom Neoliberalismus spiegelt sich in einer veränderten Wähler- und Anhängerbasis mit größeren Anteilen von gering qualifizierten Arbeitnehmern und Arbeitslosen wider, ohne dass immer ganz klar wäre, ob sich zuerst das politische Angebot der Parteien oder die Wählerpräferenzen geändert haben (vgl. Perrineau 2001; Ulram 2001; Birsl/Lösche 2001). Insgesamt kann seit den 1980er Jahren also ein Trend hin zur Parteinahme für Globalisierungs- und Restrukturierungsverlierer konstatiert werden, auch wenn es den sich abschottenden Wohlstandschauvinismus (beispielsweise der „Lega Nord“ – der sich allerdings oft regionalistisch konstituiert) weiterhin gibt (vgl. Decker 2004). Hierbei geht es meines Erachtens nicht in erster Linie um die Bereitstellung eines vermeintlichen Schutzes gegenüber *Modernisierungsprozessen*, da nämlich die Gleichsetzung von (neoliberaler) Globalisierung mit Modernisierung die realen Abstiege und Abstiegsängste vieler Menschen angesichts der global verschärften Konkurrenz nicht ernst nähme. Um Schutz aber geht es – inwieweit die Angebote der Rechtsextremen kohärent und glaubwürdig sind, ist dabei zunächst zweitrangig.

2.2 Politik: Weichenstellungen zur Liberalisierung und zur Re-Regulierung

Während die von manchen Autoren als ursächlich für die Globalisierung angesehene technische Entwicklung diese lediglich erleichtert, sind politische Entscheidungen tatsächlich notwendige Voraussetzung für die ökonomischen Globalisierungsprozesse (vgl. Greven/Scherrer 2005). Die zweite Dimension der Globalisierung, die politische, zeichnet sich allerdings durch eine doppelte Stoßrichtung aus. Zum einen haben nationale Regierungen in diversen internationalen Foren und Verhandlungsrunden Liberalisierungsentscheidungen getroffen, die den Prozess der Globalisierung entscheidend prägen – zum Beispiel über multilaterale Zollsenkungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT. Dadurch sind nationale Kompetenzen beschränkt beziehungsweise dem Nationalstaat Steuerungsfähigkeiten entzogen worden, was von der extremen Rechten als Verlust nationaler Souveränität kritisiert wird.

Zum anderen versuchen die nationalen Regierungen – sowie gesellschaftliche Akteure wie zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – die durch diese Liberalisierungs- und Deregulierungsentscheidungen verloren ge-

gangenen nationalen Steuerungskapazitäten (in diesem Zusammenhang wird oft von „Denationalisierung“ gesprochen, vgl. Zürn 1998) auf supranationaler Ebene zurück zu gewinnen. Durch die Gründung von internationalen Organisationen und die Schaffung von globalen, regionalen oder sektoralen Steuerungsnetzwerken (auch Regimes genannt) sind Ebenen der Regulierung und neue Formen der Steuerung und Problembewältigung „jenseits des Nationalstaats“ entstanden, an denen nationale Regierungen teilhaben – die so genannte „Global Governance“⁴. Am augenfälligsten ist diese doppelte Bewegung globalisierungsrelevanter politischer Entscheidungen in der Europäischen Union. Die EU ist insofern Vorreiter der Globalisierung, als dass hier nationale Grenzen immer stärker ihre Bedeutung verlieren, gleichzeitig aber eine zu politischen Entscheidungen befähigte europäische Ebene etabliert wird. Allerdings muss auf das Demokratiedefizit dieser europäischen Institutionen ebenso hingewiesen werden wie auf die Tatsache, dass die Europäisierung ungleichzeitig erfolgt. Wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung haben Vorrang vor sozialpolitischer Integration. Für Global Governance-Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) gelten diese Vorbehalte umso mehr: Sie sind undemokratisch, nicht transparent und agieren zumeist zugunsten wirtschaftlicher Interessen. Diese Befunde verweisen darauf, dass das politische Problem der Globalisierung, also die Etablierung einer globalen (oder regionalen) Governance, nicht einfach eines der Steuerung ist. Unterschiedliche Interessen, die über unterschiedliche Machtressourcen verfügen, streiten um die politische Gestaltung der Globalisierung, und die Kräfteverhältnisse sind in den nationalstaatlichen wie europäischen und globalen Institutionen verdinglicht. Zunächst zeigt sich durch den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten ein demokratisches Kongruenzproblem, weil die Übereinstimmung der Räume demokratisch hergestellter politischer Legitimation und der Räume sozialen Lebens nicht länger gegeben ist (Zürn 1998: 298). Loch/Heitmeyer nennen dies eine „Repräsentationskrise“ (2001: 13). Diese wird nochmals verschärft, wenn „reale Alternativen zur herrschenden (angebotsorientierten) Politik immer seltener ‚im Angebot‘ sind ... [und daher] ... die Mechanismen demokratischer Mitwirkung immer mehr symbolischen Charakter [annehmen]“ (Scharenberg 2002: 820). So nimmt es nicht wunder, dass auch in Deutschland sowohl die Zahl der Nicht-Wähler steigt als auch die derjenigen, die niemandem mehr die Lösung der dringenden Probleme zutrauen.

⁴ Im Unterschied zum klassischen Regieren steht stärker die Kooperation und Moderation in politischen Netzwerken im Mittelpunkt. Regierungen sollen mit anderen Regierungen, mit inter- und supranationalen Organisationen und mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, um den globalen Problemdruck steuernd zu bewältigen. Angesichts der vielfachen gegenseitigen Abhängigkeiten, zum Beispiel im Bereich der Umwelt, können Nationalstaaten alleine diese Probleme nicht länger lösen, so das Argument, sondern nur mit „Global Governance“ als „grenzüberschreitende[r] Mehrebenenpolitik“ (Messner 2000: S. 131).

Insgesamt werden beide Formen der politischen Globalisierung – die Liberalisierungsentscheidungen und die Re-Regulierungsbemühungen auf globaler wie europäischer Ebene – von Rechtsextremisten aus Furcht vor dem Verlust nationaler Souveränität abgelehnt.⁵

2.3 Kultur: Zwischen verschärfter Differenz und Gleichmacherei

Die oben beschriebene politische Repräsentationskrise wird durch die kulturelle Dimension der Globalisierung noch verstärkt. Kulturelle Globalisierung hat meines Erachtens mindestens drei Formen, die sich teilweise widersprechen: Erstens sind zwar die Grenzen für Menschen weit weniger offen als für Güter- und Kapitalbewegungen, insbesondere außerhalb der EU, jedoch haben weltweite Migrationsströme dazu geführt, dass Angehörige verschiedener Kulturen heute in größerer Nähe zueinander leben und im Kontext verschärfter Konkurrenz ihre Differenzen stärker wahrnehmen. Dies kann zu Abschottungsversuchen und Feindseligkeit führen. Andererseits geht zweitens von der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Tätigkeit von Kulturproduzenten im weitesten Sinne (zum Beispiel Film und Fernsehen) ein kultureller Vereinheitlichungsdruck aus. Diese Homogenisierung vormals verschiedener Kulturen wird vor allem außerhalb des Westens – aber durchaus auch in entwickelten Gesellschaften – vielfach als Bedrohung für gewachsene nationale, lokale oder religiöse Identitäten empfunden. Drittens stellt sich dieser Vereinheitlichungsdruck für viele Menschen durch die Dominanz amerikanischer Kulturproduzenten auf dem Weltmarkt und die Präsenz amerikanischer Unternehmen und Soldaten in der Welt als Amerikanisierung dar. Alle drei Tendenzen der kulturellen Globalisierung werden von Rechtsextremisten vehement abgelehnt und bekämpft.

3 Die Anti-Globalisierungsbewegung: „Politik der Wut“

Jeder Strukturwandel – auch der mit den Globalisierungsprozessen verbundene – erzeugt Gewinner und Verlierer. Die Befürworter der neoliberalen Globalisierung, die diesen ökonomischen Strukturwandel und seine kulturellen Konsequenzen politisch aktiv vorantreiben, versprechen, dass mittelfristig alle zu Gewinnern der Globalisierung werden. Kann dieses Versprechen aber nicht eingelöst werden, kommt es zu gesellschaftlichen Konflikten. Einige der „Gewinner“

⁵ Von manchen wird allerdings ein „Europa der Völker“ als internationaler Zusammenschluss, nicht aber als supranationale Institution, durchaus akzeptiert – selbstverständlich beschränkt auf das christliche, abendländische Europa (vgl. Mudde 2004).

der Globalisierung werden überhaupt nur durch Konflikte zu Gewinnern werden können. Dies trifft vor allem für die Beschäftigten in den Zielländern der Investitionsverlagerungen zu. Sie erleben Globalisierung vor allem als Industrialisierung und werden sich entsprechend kollektiv organisieren müssen, um an den Früchten teilzuhaben. „Where capital goes, there goes conflict“, schreibt Beverly Silver (2003) dazu.

Doch auch in den entwickelten Ländern erzeugen die Strukturveränderungen eine „Politik der Wut“ (John Russo), die zu kollektivem Handeln führt. Gegen die neoliberale Globalisierung hat sich Widerstand formiert, der seit den Massenprotesten anlässlich der WTO-Ministertagung in Seattle 1999 größere Medienaufmerksamkeit erlangt hat und öffentlichkeitswirksam geworden ist, ohne bislang aber an der grundsätzlichen Ausrichtung der Globalisierungsprozesse etwas ändern zu können. Peter Wahl von der deutschen NGO WEED schrieb zum Aufstieg der globalisierungskritischen Bewegung: „Große gesellschaftliche Umbrüche [bringen] früher oder später auch Gegenbewegungen [hervor]“ (Wahl 2002: 176). Karl Polanyi fand für die Logik der Ausbreitung des Marktes als Regulationsinstrument, die durch die aktuelle Phase der Globalisierung erneut vorangetrieben wird, das Bild einer Pendelbewegung zwischen Kommodifizierung und Dekommodifizierung der sozialen Beziehungen (Polanyi 1957). Doch die genaue Form und Zielsetzung der Gegenbewegung ist historisch offen. Die durch Globalisierung ausgelöste „Politik der Wut“ führt dazu, dass Menschen die Möglichkeiten kollektiven Handelns wiederentdecken. Jedoch ist es offen, wie sich dieses Handeln ausdrücken wird. Rechtspopulisten und Rechtsextreme haben hier ein Möglichkeitsfenster für Mitgliedergewinnung und Mobilisierung.

Zunächst gab es wenig Einspruch gegen die mediale Beschreibung der Bewegung – besser: der Bewegungen – als „Anti-Globalisierungsbewegung“ (Rucht 2002), obwohl von den meisten Akteuren Globalisierung nicht grundsätzlich abgelehnt wurde, sondern lediglich ihre neoliberale Form. Tatsächlich globalisieren sich die angeblich anti-globalen Akteure oft selbst und propagieren zudem nicht selten globale Lösungen für als global wahrgenommene Probleme. Letzteres spiegelt sich in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion um Global Governance und die Rolle von NGOs, wo häufig die Vorstellung der Zwangsläufigkeit einer „Wieder-Einbettung“ der Globalisierung in supranationale Ordnungs- und Steuerungszusammenhänge vorherrscht, wider. Doch dies ist ein Trugschluss. Zwar gibt es in der Tat Akteure, die eine „rot-grüne“ Variante einer globalen Ordnung propagieren, aber ihnen gegenüber stehen ungleich mächtigere Befürworter einer neoliberalen Weltordnung, in der vor allem Eigentumsrechte geschützt werden (Scherrer 2000). Um gegen den dominanten „neoliberalen Konstitutionalismus“ (Stephen Gill), der die Rechte der Unternehmen

und Vermögensbesitzer schützt, wirkmächtig zu werden, braucht eine „rot-grüne“ Vision globaler Ordnung die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung.

Um diese Unterstützung bemühen sich jedoch auch andere, die zum Beispiel mit religiös-fundamentalistischen Gegenentwürfen, ob christlichen, islamischen oder anderen, oder eben mit rechtsextremen Vorstellungen aufwarten. Und während der Mainstream der Globalisierungsgegner heute auf eher zutreffende Bezeichnungen wie „globalisierungskritische Bewegung“ oder „global justice movement“ besteht, existiert mindestens eine genuine „Anti-Globalisierungsbewegung“ weiter: die extreme Rechte. Welche Alternativen zu neoliberaler Globalisierung und „rot-grüner“ Global Governance formulieren rechtsextreme Globalisierungsgegner?

3.1 Der rechtsextreme Gegenentwurf: Eine re-nationalisierte, völkische Ordnung

Die sozialdarwinistischen Elemente des Neoliberalismus werden von Rechtsextremisten nicht grundsätzlich abgelehnt. Tatsächlich hat Butterwegge (2002) damit Recht, dass sie prinzipiell eher begrüßt oder sogar überspitzt werden, es aber scheint, als würde diese Position entweder aus Sorge um das Schicksal der „weißen Rasse“ beziehungsweise individueller Nationen in der verschärften globalen Konkurrenz oder aus schlichten wahltaktischen Überlegungen zugunsten einer Abwehrhaltung hintangestellt, zum Teil sogar mit antikapitalistischen Elementen. Gegen die individualistischen Tendenzen des Neoliberalismus aber, die zur Auflösung sozialer Zusammenhänge führen, setzt der Rechtsextremismus – wie andere autoritäre Ideologien auch – das Angebot einer kollektiven Identität. Die ethnisch beziehungsweise völkisch definierte Nation soll den notwendigen Zusammenhalt stiften. Zum Beispiel zielen die NPD-Vorschläge auf Protektionismus („Schutzzölle für im Ausland produzierte Waren“) und basieren auf einem völkisch verstandenen Nationalismus (gefordert wird „die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat“). In einem Beitrag auf der NPD-Webseite heißt es: „Nationale Lösungen - statt Globalisierungswahn“: Nur eine „nationale Volkswirtschaft, in der die Interessen der Gemeinschaft über den Interessen der Geldmacht stehen“, könne Abhilfe schaffen. Auch der rechtsextreme Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf „die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen“ und kommt nur denen zugute, die als zum deutschen Volk gehörig akzeptiert werden. Die auf der Basis eines ethnischen Nationalismus geeinten und nach außen abgeschotteten Völker können dann durchaus in der internationalen Konkurrenz stehen, auch wenn

dieser im rechtsextremen Gedankengebäude die Autarkie vorzuziehen ist (die NPD spricht kryptisch von „raumorientierter Volkswirtschaft“).

Im Kontext der durch Globalisierungsprozesse verstärkten ökonomischen Unsicherheiten und Identitätskonflikte gerade Geringqualifizierter – die entweder lokal oder grenzüberschreitend in Konkurrenz zu Geringqualifizierten anderer Kulturen stehen – ist eine steigende Attraktivität dieses Angebots zwangsläufig. Dies bedeutet keineswegs, dass die rechtsextremen Anführer und Ideologen selbst zu den Globalisierungsverlierern gehören müssen. Loch/Heitmeyer (2001) und andere argumentieren, dass es die Furcht vor Statusverlusten aufgrund des globalen Modernisierungsschubs des Kapitalismus ist, die Menschen zu Unterstützern autoritärer Ideologien macht (wobei wiederum der Begriff der Modernisierung fragwürdig ist, da in der Pendelbewegung zwischen Kommodifizierung und Dekommodifizierung eher ein Zurück zu Konzepten des 19. Jahrhunderts erkennbar ist). So erklärt sich auch der Wohlstandschauvinismus in reichen Regionen wie Norditalien (Biorcio 2001). Allerdings hat vor dem Hintergrund der extremen globalen Wohlstandsunterschiede zwischen Norden und Süden letztlich jeder solche Abschottungsversuch wohlstandschauvinistischen Charakter.

Trotz diverser regionalistischer Besitzstandswahrungs- und Abschottungsversuche stehen die Nationen im Zentrum der rechtsextremen Antwort auf Globalisierung. Tatsächlich hat die Globalisierung für viele Menschen nicht in dem Sinne als Denationalisierung gewirkt, dass sie den Bezugspunkt des Nationalstaats aufgeben hätten. Sie bleiben ideologisch wie politisch auf den Nationalstaat fixiert, auch wenn dieser gegenüber den supranationalen, lokalen und sogar privaten Ebenen an Steuerungsfähigkeit verlieren sollte. Albert Scharenberg weist darauf hin, dass das Bedürfnis nach kollektiver Identität durch das Kosmopolitische der globalisierten Eliten nicht bedient wird und dass die historische Integrationsleistung des Nationalismus nicht zu unterschätzen ist – er kann nicht einfach als „Gegenmoderne“ abgetan werden. Zwar verdeckt der konstruierte, im Sinne Benedict Andersons „erfundene“, „Mythos Nation“ real divergierende Interessen, aber der Nationalstaat war Vorbedingung für die Verwirklichung der modernen Demokratie in Massengesellschaften (Scharenberg 2002: 821 und 825). Für eine Bewertung von Nationalismus und Nationalstaat kommt es also auf die Art und Weise der Konstruktion des Nationalen an.

Die Antwort, die Rechtsextremisten auf neoliberale Globalisierung, Denationalisierung und damit verbundene Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen geben, zielt allerdings nicht auf die – in anderen globalisierungskritischen Re-Nationalisierungskonzepten zumeist enthaltenen – Forderungen nach Re-Demokratisierung, „Accountability“ und Transparenz. Es geht stattdessen um die Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft, die über Grenzziehungen nach außen konstituiert wird. Enthalten sind daher meist rassis-